

Eigentum

Kampf ums Kaufhaus

Die Nürnberger Versicherung (Werbungspruch: „Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg“) blockiert die Rückgabe eines traditionsreichen Kaufhauses im Stadtzentrum von Halle an die Erben der ehemaligen Eigentümer. Das Gebäude im Art-déco-Stil war Anfang der dreißiger Jahre von einer jüdischen Handelsfirma errichtet worden. Schon acht Wochen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme riefen SA-Kommandos vor dem Kaufhaus zum anti-jüdischen Boykott auf, das Geschäft kam so weit zum Erliegen, daß die Eigentümer 1934/35 das Kaufhaus versteigern mußten.

Das Grund- und Betriebsvermögen der einstigen Handelsfirma im Wert von mehreren Millionen Mark ist nun vom Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen den Nachfahren der früheren Eigentümer zugesprochen worden. Die Rückübertragung stockt allerdings, weil die Nürnberger Versicherung, deren eigener Restitutionsanspruch bereits vom Landesamt abgelehnt worden ist, Klage erhob.



Umstrittenes Gebäude in Halle

Die Versicherung macht Pfandrechtsansprüche geltend, weil sie bei der Errichtung des Kaufhauses mit einer Sicherungshypothek beteiligt gewesen war; diese Hypothek wurde jedoch bereits im Zuge der Zwangsversteigerung vor 60 Jahren abgelöst. Das

Nürnberger Unternehmen zielt nun offenbar auf einen Deal mit den Erben und ihren Geschäftspartnern, sofern man sich, so ein Schreiben der Versicherung, „auf eine wirtschaftlich tragbare Lösung mit uns“ einigen könne.

Datenschutz

Hoheitlicher Akt

Der Datenschutzbeauftragte von Sachsen-Anhalt, Klaus-Rainer Kalk, hält den Umgang des Magdeburger Sozialministeriums mit sensiblen Daten der Bürger für „schlichtweg rechtswidrig“. Kalk kritisiert, daß Anträge auf Kriegsopferversorgung nicht allein von den zuständigen Beamten, sondern auch von Privatleuten bearbeitet werden. So würden wegen Überlastung der Beamten Anträge an die Versor-

gungsämter an eine Privatfirma im westfälischen Soest weitergereicht. Die Firma soll unter anderem die Vermögensverhältnisse der Antragsteller ermitteln. Die Entscheidung über Versorgungsanträge, so Kalk, sei eindeutig ein „hoheitlicher Akt“, den nur Staatsdiener ausführen dürften. Das Ministerium in Magdeburg glaubt hingegen, auf hoheitliches Handeln nicht verzichten zu haben: Die privat vorgefertigten Bescheide würden schließlich von echten Beamten unterschrieben – laut Anweisung allerdings ohne weitere Prüfung.

Republikaner

Brauner Narrensaum

Der bayerische Landesvorsitzende der Republikaner (Rep), Alexander Hausmann, ist von allen Parteiämtern zurückgetreten. Er wirft dem Vorsitzenden Rolf Schlierer in einem Schreiben vor, die Republikaner befänden sich unter dessen Führung auf einem „Weg, der in den Extremismus und Antisemitismus mit allen Folgen führt“. Die Reps, so Hausmann, würden damit „Teil des braunen ‚Narrensaums‘ und somit auf Dauer bedeutungslos“. Der Parteispitze um Schlierer



Hausmann

attestiert der Bayer, sie distanzieren sich nicht hinreichend von rechtsaußen. So hatte der Rep-Bundesvorstand Ende Oktober eine Initiative Hausmanns auf Sanktionen gegen den früheren Parteichef Franz Schönhuber wegen der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten abgelehnt. Die Republikaner zählen bundesweit nur noch 16 000 Mitglieder (1993: rund 20 000), davon 4500 in Bayern.

Polizei

Einsatz in Verbrecher-Autos

Schleswig-Holsteins Polizei macht mit Gangsterautos Jagd auf Ganoven. Seit Sommer dieses Jahres benutzen Beamte der Sondereinsatzkommandos in Kiel und Eutin neben ihren Dienstwagen auch zwei Fahrzeuge – eines davon ein Mercedes der S-Klasse –, mit denen einst Verbrecher versuchten, ihre Verfolger abzuschütteln. Die Autos „der schnelleren Sorte“, so das Kieler Innenministerium, wurden von der Justiz eingezogen und zur Verwendung im Polizeidienst freigegeben. Um die Haushaltskasse der Fahnder-Fuhrparks zu schonen, sollen weitere Gebrauchtwagen aus Verbrecherhand in Dienst gestellt werden. Die Polizeigewerkschaft will den behördlichen Beutezug sogar auf eingezogene Mobiltelefone und Faxgeräte ausweiten. Das Kieler Ministerium lehnt das jedoch ab: Die Gerätschaften der Gangster seien mit den üblichen Dienstgeräten „meist nicht kompatibel“.